ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Guiton, Jean

Article — Digitized Version

Kann die französische Wirtschaft stabilisiert werden?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Guiton, Jean (1952) : Kann die französische Wirtschaft stabilisiert werden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 6, pp. 363-368

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131540

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Kann die französische Wirtschaft stabilisiert werden?

Prof. Jean Guiton, Paris

Worin liegen die Ursachen der französischen Wirtschaftskrise? / Die konservative Regierung Pinay bemüht sich, das Budget auszugleichen, freien Wettbewerb zu schaffen und die Produktivität zu erhöhen / Wird sie ihr Experiment durchführen können? Frankreich kann seine Stabilität nur wiedergewinnen, wenn es im Rahmen der europäischen Gemeinschaft seine überseeische Wirtschaft intensivieren kann.

DIE POLITISCHEN VORAUSSETZUNGEN

Die politische Geschichte der Vierten Republik zeichnet sich dadurch aus, daß in ihrem Verlauf der Ort der parlamentarischen Entscheidungen sich ständig von links nach rechts verlagert hat. Sie hatte mit einer Koalition der Kommunisten, der Volksrepublikaner (die der westdeutschen CDU nicht gleichgesetzt werden dürfen) und der Sozialisten begonnen. Diese Koalition wurde gezwungen, Schritt für Schritt die Positionen zu räumen, die sie im Sturm der Befreiung erobert hatte. Den Konservativen gelang es jedoch erst mit der Bildung der Regierung Pinay, eine geschlossene Front zu errichten, die sich wesentlich aus den Unabhängigen (oder Parteilosen) und den Vertretern der Bauernschaft zusammensetzt. Diese Front übt eine starke Anziehungskraft sowohl auf die gemäßigten, aus der klassischen Rechten der Vorkriegszeit hervorgegangenen Elemente der gaullistischen Sammelbewegung als auch auf diejenigen unter den Volksrepublikanern aus, die sich keinem gottesfürchtigen Bolschewismus verschrieben haben. Sie stellt das eigentliche Novum in der Entwicklung der letzten Monate dar.

Es ist bemerkenswert, daß die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Rechten durch wirtschaftliche und soziale Faktoren verursacht wurde. In außenpolitischen Fragen herrscht heute noch bei den Konservativen ebensowenig Übereinstimmung wie bei den anderen Parteien — wenn man von den Kommunisten und den Gaullisten absieht. Die Notwendigkeit, sich für oder gegen Europa zu entscheiden, hat überall Verwirrung gestiftet. Es wird eine Aufgabe der Regierung Pinay sein, die Rechte — sofern sie das Vorrecht, in den überholten Kategorien des Nationalstaates zu denken, nicht schon an die Linke abgetreten hat — davon zu überzeugen, daß sie nicht zwischen Frankreich und Europa zu wählen hat, weil nunmehr die französischen Interessen — ebenso wie die Interessen jedes europäischen Staates — nur auf der Ebene einer echten, auf völliger Gleichberechtigung beruhenden europäischen Föderation wirksam vertreten werden können.

Die Möglichkeiten, die der Regierung Pinay in Bezug auf die Einigung und die Verteidigung Europas zu Gebote stehen, hängen davon ab, ob es ihr gelingt, die französische Wirtschaft grundlegend zu sanieren. Es läßt sich nicht bestreiten, daß Antoine Pinay heute volkstümlich ist — und daß er es auf Kosten der Linken geworden ist. Diese Tatsache verdient hervorgehoben zu werden, weil es in Frankreich selten vorkommt, daß ein Ministerpräsident, der aus der Wirtschaft hervorgegangen ist und mit ihr einen Pakt geschlossen hat, vor der Kompromißfeindlichkeit des kleinen Mannes Gnade findet. Der kleine Mann wünscht heute, mit dem sozialen Fortschritt vorläufig verschont zu werden, weil dieser Fortschritt ihn zu teuer zu stehen gekommen ist. An der ständigen Senkung des Lebensstandards, die seit den Jahren der Volksfront (1936) stattgefunden hat, mußte er den utopischen Charakter sozialer Reformen erkennen, die keine tatsächliche Erhöhung des Volkseinkommens zum Ausgangspunkt nehmen können und Frankreich lediglich dazu verleiten, über seine Verhältnisse zu leben.

In seiner Volkstümlichkeit liegt für Antoine Pinay eine große Chance. In ihr liegt aber auch — wir dürfen es uns nicht verhehlen — eine große Gefahr. Der kleine Mann ist ungeduldig. Er wird nur schwer einsehen, daß ein konservativer Ministerpräsident nicht in acht Monaten Wunder wirken kann, nachdem die Linke es in acht Jahren nicht vermocht hat. Die Ungeduld des kleinen Mannes und die Neigung der Presse zur Effekthascherei können leicht zu kindischen, jedes Wirklichkeitssinnes baren Übertreibungen führen, Enttäuschungen bereiten und somit die taktische Lage der Linken wieder festigen. Sollte die Regierung Pinay gestürzt werden, so ginge mit ihr wahrscheinlich die letzte Möglichkeit verloren, die französischen Verhältnisse zu stabilisieren und folglich auch die Einigung Europas zu verwirklichen. Pinays Nachfolge würde eine Linkskoalition antreten, von der die Kommunisten allerdings ausgeschlossen blieben. Darum vermöchte auch sie keine Mehrheit in der gegenwärtigen Nationalversammlung zu erhalten. Die Labilität der parlamentarischen Verhältnisse und die Zuspitzung des inflationistischen Prozesses würden eine Radikalisierung des politischen Lebens nach sich ziehen. Etwa zum Jahreswechsel dürften Neuwahlen fällig werden, aus denen aber weder die Konservativen noch die Sozialisten noch die Volksrepublikaner, sondern nur die Gaullisten und die Kommunisten als Sieger hervorgehen würden.

Obgleich de Gaulle offensichtlich bemüht ist, an seiner nationalen Bewegung den sozialistischen Charakter stärker zu betonen als bisher, ist nicht anzunehmen, daß er es wagen wird, im Verein mit dem Marxismus den Sturz der Regierung Pinay herbeizuführen. Die öffentliche Meinung könnte ihm dann vorwerfen, daß er aus dem Elend des Volkes Kapital hätte schlagen wollen. Vorläufig gibt sich auch die Linke den Anschein, als ob sie das unvermeidliche Scheitern dessen abwarten wollte, was sie herablassend das „Experiment"

Pinay nennt. Sie fände es zweifellos bequemer, dem Experiment ein baldiges Ende zu bereiten und in die ausgefahrenen Wege der staatlichen Wirtschaftslenkung zurückzukehren, als sich im Ernst mit dem Problem der freien Marktwirtschaft auseinandersetzen zu müssen. Im Grunde genommen hat Frankreich seit fünfzehn Jahren keine freie Marktwirtschaft mehr gekannt. Die Linke steht vor der Wahl, entweder die Regierung Pinay zu stürzen, die Voraussetzungen zur freien Marktwirtschaft auf lange Zeit zu vereiteln und den weiteren Bestand der französischen Demokratie zu gefährden, oder der Regierung Pinay die Frist zu gewähren, die ihr erlauben sollte, die französische Demokratie zu festigen, was für die Linke selbst jedoch erhebliche Schäden nach sich ziehen müßte. Wenn die Linke sich ihrer Verantwortung bewußt ist, muß sie sich zugunsten der Regierung Pinay entscheiden. Daß sie sich die Zukunft Frankreichs und Europas etwas kosten läßt, möge man ihr dann in diesem Falle zugute halten!

DER AUSGLEICH DES STAATSHAUSHALTES

Bis Maurice Petsche im vorigen September starb, war es seine Aufgabe gewesen, Frankreich vor den Folgen einer Politik zu warnen, die die amerikanische Hilfe als eine Erhöhung des Volkseinkommens vortäuschte. Im Jahre 1950 war es Maurice Petsche gelungen, den Staatshaushalt auszugleichen. Aber zwischen der Lage, die eine vorübergehende Stabilisierung zugelassen hatte, und der Lage, die Antoine Pinay vor zwei Monaten vorfand, bestehen große Unterschiede. Im Jahre 1950 kamen der Verteidigung der französischen Währung nicht nur die Hochkonjunktur vom Vorjahre zugute, sondern auch der geringe Umfang der militärischen Ausgaben. Außerdem war die Marshall-Hilfe in vollem Gang. Auch im ersten Halbjahr 1951 hatte die Konjunktur infolge der Koreakrise einen neuen Höhepunkt erreicht, der als Basis zu einer erneuten Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse hätte dienen können. Auf die Hochkonjunktur war aber eine Beruhigung gefolgt. Im Exportgeschäft sowie in gewissen Sparten des Inlandgeschäfts (Leder und Häute, Fette, Weinhandel, usf.) war sogar eine stark rückläufige Tendenz eingetreten. Die Einstellung der Marshall-Hilfe Ende 1951 hatte die Dollarquelle zur Deckung des Imports aus den USA. und zur Befriedigung des Investitionsbedarfs der französischen Industrie versiegen lassen.

Nach dem Tode von Maurice Petsche hatten es René Pleven und René Mayer versucht, durch Einsparungen, die am Staatshaushalt vorgenommen werden sollten, und durch eine stark restriktive Kreditpolitik eine gewisse Stabilität zu erreichen. Die von ihnen vorgeschlagenen Sparmaßnahmen wurden jedoch vom Parlament abgelehnt. Die restriktive Kreditpolitik, die unter Maurice Petsche Erfolge erzielt hatte, vermochte der Flucht aus dem Franc nicht Einhalt zu gebieten. Sie bewirkte eine starke Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und — insbesondere auf dem Gebiet der Sozialversicherung — eine weitere Senkung der Steuermoral, die ohnehin schon recht niedrig gelegen hatte. Nach einem Regierungswechsel versuchte es Edgar Faure mit einem wiederholten Anziehen der Steuerschraube, die das Parlament ihm aber ebensowenig erlaubte wie seinen Vorgängern die Durchführung von Sparmaßnahmen.

Inzwischen war der Haushalt für 1952 immer noch nicht verabschiedet. Die Krise, die Edgar Faure veranlaßt hatte, eine vorübergehende Einfuhrsperre zu verhängen, verschärfte sich. Für 1950 und 1951 hatte sich das Verhältnis des Exportes zum Import wertmäßig folgendermaßen gestaltet (in %):

Gebiet	1950	1951	Gebiet	1950	1951
Dollargebiet	37	48	Französische Union	138	163
Sterlinggebiet	57	46	insgesamt	100	92
übriges Ausland	128	104			

Im Januar 1952 hatte Frankreich mit seinem Export nur noch 25 % vom Import aus dem Dollargebiet, 39 % vom Import aus dem Sterlinggebiet und 76 % aus dem übrigen Ausland zu decken vermocht. Neben der Verabschiedung des Haushalts, die am 9. April beendet wurde, mußte sich die Regierung Pinay vordringlich mit der Deckung des bei der EZU entstandenen Defizites befassen. Dazu benutzte sie den Kredit von 100 Mill. Dollar, der ihr bis zum 30. Juni 1952 bewilligt wurde, sowie die Überweisung von 20 t Gold seitens des Reparationsausschusses als Entschädigung für die seinerzeit an Belgien zurückerstatteten Goldbeträge. Mit diesen Maßnahmen sicherte sich die Regierung Pinay eine Atempause, sie löste aber nicht das Problem.

Da die Inflation noch andere Ursachen hat als das in den Staatskassen entstandene Defizit, ist der Ausgleich des Staatshaushalts nur eins von den Mitteln, die zur Verteidigung der Währung angewandt werden müssen. Er ist nicht Selbstzweck, sondern nur unerläßlich, so oft es die Aufgabe der Regierung ist, den Besitz in allen Schichten der Bevölkerung zu festigen. Im übrigen ist eine derartige Politik der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität von dem Schlüssel unabhängig, nach dem das Volkseinkommen verteilt wird; sie hat lediglich die Aufgabe, nicht die allgemeine Proletarisierung, sondern die allgemeine Überwindung des proletarischen Daseins anzustreben. Ein Defizit im Staatshaushalt ist dagegen zu rechtfertigen, so oft der Staat außerordentlichen Aufgaben gegenübergestellt ist, von deren Meisterung das weitere Wohlergehen des gesamten Volkes abhängt. Durch die auf diese Weise ausgelöste Inflation wird der Besitz in Anspruch genommen. Dieses in der Praxis unter besonderen Umständen unvermeidliche Verfahren begegnet allerdings einer doppelten Schwierigkeit in der gerechten Verteilung der Lasten und in der Beibehaltung einer Kontrolle über die weitere Entwicklung des inflationistischen Prozesses. So groß heute die Gefahr auch sein mag, die aus dem Osten droht, reicht sie nicht aus, die Fortsetzung der Inflation zu rechtfertigen, da a) die gemeinsamen Bemühungen der atlantischen Welt den Einsatz eines derartig gewaltigen Potentials ermöglichen, daß die Lasten für jeden der Vertragspartner bei ausreichender Ratio-

nalisierung des Verteidigungssystems auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden können, das dann durchaus tragbar ist, und b) gerade in Frankreich bei der Stärke der kommunistischen Partei und der Neigung der nichtkommunistischen Linken, eine Politik der Bequemlichkeit und der geringen Anstrengung zu befürworten, jeder Versuch, der Gefahr einer Bolschewisierung Europas vorzubeugen, breiten Kreisen der öffentlichen Meinung als sinnlos erscheinen müßte und somit zum Scheitern verurteilt wäre, wenn er eine Senkung des Lebensstandards nach sich ziehen würde. Die Verteidigung Europas und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Lebensstandards sind aber erst dann zu vereinbaren, wenn durch die Beseitigung der Inflation eine tatsächliche Erhöhung des Volkseinkommens ermöglicht wird.

Neben den Schulden, die aus dem Defizit des Außenhandels erwachsen waren, hatte sich die Regierung Pinay vordringlich mit der Verabschiedung des Staatshaushaltes zu befassen. Dabei hatte sie nachstehende Aufgaben zu lösen:

a) Sie sollte die Ursachen des Defizits beseitigen, sofern diese (wie es zum größten Teil bei der Sozialversicherung und der Staatsbahn der Fall ist) im wesentlichen volkswirtschaftliche und verwaltungstechnische Probleme stellen, die unmittelbar keine politischen Schwierigkeiten bereiten bzw. bereiten sollten, wenn in der parlamentarischen Demokratie nicht die Versetzung eines Eisenbahnschaffners oder die Auflösung des Aufsichtsrates einer Krankenkasse politische Verwicklungen nach sich ziehen könnten.

b) Sie sollte einen Weg finden, den Investitionsbedarf der französischen Industrie zu decken, ohne als Ersatz für die fortan ausfallende Marshall-Hilfe die Staatskassen übermäßig zu belasten, das heißt das Defizit zu erhöhen.

c) Sie sollte den Aufgaben, die Frankreich aus seiner außenpolitischen Lage erwachsen, Dringlichkeitsstufen zuerkennen. So hatte sie z. B. (vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung) zu entscheiden, ob der Fortsetzung des indochinesischen Krieges oder einer stärkeren Beteiligung am Aufbau der europäischen Verteidigung der Vorrang zu geben sei. Sie hatte dann die finanziellen Mittel bereitzustellen und die Dispositionen zu treffen, damit das Militärbudget (über die amerikanischen Subventionen hinaus) möglichst keine Verschuldung des Staates nach sich zieht.

d) Die Passivität der Außenhandelsbilanz sollte beseitigt werden.

In letzter Analyse hängt die Belebung der Ausfuhr weder von staatlichen Subventionen an die Exporteure noch von Währungsmanipulationen ab. Sie kann nur durch eine Anpassung der französischen Preise an die Weltmarktverhältnisse erzielt werden, die eine beträchtliche Steigerung der Produktivität voraussetzt. Sie richtet sich auch nach der besonderen Preisentwicklung in den USA. und Großbritannien. Darum kann die Passivität der Außenhandelsbilanz nicht im Rahmen einer Haushaltsvorlage eingedämmt werden. Wenn wir die Hauptpositionen des am 9. April 1952 verabschiedeten Haushalts betrachten, gewinnen wir eine erste Vorstellung von den Methoden, die Antoine Pinay anwendet.

Ausgaben

(in Mrd. ffrs)

Position	Voranschlag Faure	Voranschlag Pinay
Laufende Ausgaben der Zivilverwaltung	1 377	1 375
Techn. Ausrüstung für den verstaatlichten Sektor	170	168
Militärausgaben	1 270	1 270
Wiederaufbau (Wohnungsbau usf.)	400	400
Investitionen [1]	392	392
Passivsaldo der Sonderkonten	91	85
Verschiedenes	—	14
Einsparungen	— 80	—110
Blockierte Kredite	—	—100 [2]
Insgesamt	3 620	3 494

[1]) Nicht mitberechnet: eine 85 Mrd. ffrs betragende Anleihe, die der verstaatlichte Sektor mit der Bürgschaft des Staates ausschreibt; [2]) Darunter 5 Mrd. ffrs für den Straßenbau und 95 Mrd. ffrs für Investitionen und Wohnungsbau.

Einnahmen

(in Mrd. ffrs)

Position	Voranschlag Faure	Voranschlag Pinay
Ausstehende Beträge aus dem Steueraufkommen von 1951 [1]	2 714	2 763
Anleihen und Mittel der Staatskassen [2]	400	447
Amerikanische Hilfe	265	265
Rückzahlungen aus dem Straßenbaufonds	13	19
Zusätzliche Einnahmen	281	52
Steuererlaß	— 53	— 52
Insgesamt	3 620	3 494

[1]) Einschließlich 4 Mrd. ffrs Ertrag der Staatslotterie; [2]) Nicht mitberechnet: die bei den Ausgaben unter (1) angeführten 85 Mrd. ffrs.

Folgende Bestimmungen des Haushaltsgesetzes sind besonders wichtig:

a) Die 110 Mrd. ffrs. betragenden Einsparungen werden auf die einzelnen Posten der laufenden Ausgaben der zivilen Verwaltung und auf die für Investitionen und Wiederaufbau (einschließlich Wohnungsbau) vorgesehenen Kredite verteilt.

b) Die 95 Mrd. ffrs. betragenden blockierten Kredite werden erst nach Eingang entsprechender Einnahmen freigegeben. Unter diesen Einnahmen ist eine Anleihe von 30 Mrd. ffrs. für Wiederaufbau und technische Ausrüstung zu verzeichnen. Durch die Blockierung werden der Monnet-Plan und der soziale Wohnungsbau besonders empfindlich getroffen.

c) Das Steueraufkommen wurde unter Zugrundelegung der Steueramnestie und Verschärfung der von den Finanzämtern durchzuführenden Kontrollmaßnahmen eingeschätzt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Haushaltsgesetz nur einen ersten Schritt darstellt, auf den weitere folgen müssen, wenn die bisherigen Bemühungen Ergebnisse zeitigen sollen. Die nächsten Schritte werden den Nachweis erbringen, ob die optimistischen Schätzungen von Pinay, insbesondere in bezug auf die Höhe des Steueraufkommens, die Rückführung der gehorteten Gold- und Devisenbestände in den Kreislauf der französischen Wirtschaft, die Deckung des Investitionsbedarfs durch die Zeichnung von Anleihen seitens des Privatkapitals und die Beseitigung des in der Außenhandelsbilanz entstandenen Passivsaldos, gerechtfertigt sind. Zu einer umfassenden Beurteilung der Dispositionen von Pinay dürfen wir allerdings

nicht unbeachtet lassen, daß er die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft auf das Vertrauen der Wirtschaft gründen will. Das Vertrauen ist ein recht unbestimmtes Schlagwort. Pinay denkt aber offensichtlich, sofern er an die Wirtschaft appelliert, nicht nur an das Vertrauen, das diese bereit ist, ihm als Menschen und als Ministerpräsidenten entgegenzubringen. Er spekuliert gleichzeitig auf einen günstigen Verlauf der Weltkonjunktur und ruft die Wirtschaft zu einem Glaubensakt auf. Hier liegt eine Schwäche im Programm von Antoine Pinay, da erstens der Glaube an eine günstige Wendung der gegenwärtigen Spannungen in keiner Weise begründet werden kann und zweitens die Wirtschaft unter Umständen wenig geneigt sein dürfte, aus Sympathie zu dem Optimismus des Ministerpräsidenten Gold und Devisen gegen Papier einzutauschen. Es scheint jedoch, daß diese Schwäche bisher der Durchführung des Programms keinen Abbruch getan hat.

SENKUNG DER PREISE UND ERHÖHUNG DER PRODUKTIVITÄT

Pinay beschränkt sich nicht auf die politische Macht. Er weiß, welche Grenze der Autorität und der Wirksamkeit des Staates gesetzt sind. Er hat sich an die Wirtschaft gewandt und ist ein Bündnis mit ihr eingegangen. Die Bekämpfung der Inflation liegt heute im Interesse der Wirtschaft selbst.

Wenn wir unterstellen, daß der Staatshaushalt nach Pinays Prognose annähernd ausgeglichen werden kann, vermag die Inflation jedoch nur dann eingedämmt zu werden, wenn die Preis-Lohn-Spirale gestoppt und anschließend erhebliche Preissenkungen erzielt werden. Zum Stoppen der Preis-Lohn-Spirale ist es notwendig, daß neben den Wirtschaftsführern auch die Arbeitnehmer der Regierung Vertrauen entgegenbringen und mit ihren Lohnforderungen solange warten, bis die Produktivität erhöht worden ist. An sich ist die Haltung der Regierung Pinay durchaus einleuchtend, wenn Lohnerhöhungen vorläufig ein Riegel vorgeschoben wird: im Jahre 1951 hat z. B. der Anstieg der Großhandelspreise 26 % betragen; dafür sind die Löhne (auf der Grundlage des durchschnittlichen Stundenlohnes berechnet) um 36 % angestiegen. Die Löhne haben also im Verhältnis zu den vorangegangenen Jahren wieder aufgeholt. Die Tatsache, daß der allgemeine Lebensstandard recht niedrig bleibt, ist auf die Zuspitzung des inflationistischen Prozesses zurückzuführen. Weder neue Lohnerhöhungen, die die z. T. schon erzielte Stabilisierung der Preise vereiteln würden, noch die Einführung der gleitenden Lohnskala, die die Inflation selbst zum bestimmenden Gesetz der weiteren Entwicklung machen könnte, vermögen den Lebensstandard zu heben. Es bleibt jedoch fraglich, ob der kommunistische Gewerkschaftsbund CGT, der rund zwei Drittel der Arbeiterschaft kontrolliert, und im Wettbewerb mit ihm die anderen gewerkschaftlichen Organisationen die Bemühungen der Regierung nicht durch übertrieben hohe oder unzeitgemäß vorgebrachte Lohnforderungen scheitern lassen werden.

Wirksame Preissenkungen können erst dann erzielt werden, wenn die Wirtschaft auf unangemessene Verdienstspannen verzichtet und die Rentabilität ihrer Betriebe stark erhöht. Die großen Verdienstspannen, die in Frankreich so gut wie in allen Wirtschaftszweigen zur Regel geworden sind, lassen sich hauptsächlich auf folgende Umstände zurückführen:

a) Die Unternehmer sind gezwungen, einen Sicherheitsfaktor einzukalkulieren, der ihnen auf jeden Fall den weiteren Ankauf von Rohstoffen ermöglicht.

b) Die Inflation bringt es mit sich, daß das Sparkapital (sofern der Einzelne und insbesondere der Arbeiter und Kleinbürger nicht von der Hand in den Mund leben) gehortet wird, statt zu Investitionszwecken verwendet zu werden. In Ermangelung von Angeboten auf dem Kapitalmarkt greifen die Unternehmen auf die Selbstfinanzierung zurück.

c) Das geradezu mandarinistisch anmutende Steuersystem führt in der Praxis zur Bestrafung des Unternehmens, das bemüht ist, einen hohen Gewinn durch eine Steigerung des Umsatzes bei knapp gehaltener Verdienstspanne zu erzielen, statt große Verdienstspannen bei geringem Umsatz anzustreben. Dieses Steuersystem hat zum Zustandekommen des wirtschaftlichen Malthusianismus wesentlich beigetragen.

d) Der verstaatlichte Sektor und insbesondere die von der öffentlichen Hand versehenen Dienste (Gas, Strom, Wasser usf.) wirken sich stark verteuernd auf die Preisgestaltung aus, weil ihre Kostenrechnungen nach Gesichtspunkten durchgeführt werden, die häufig politische Zielsetzungen berücksichtigen, aber, kaufmännisch betrachtet, absolut willkürlich sind.

e) Insbesondere die Volksfront (1936) hatte durch ihre an die damaligen Verhältnisse nicht angepaßte Sozialpolitik die Unternehmen daran gewöhnt, alle preisverteuernden Faktoren auf die Verbraucher abzuwälzen, statt sie durch entsprechende Erhöhungen der Rentabilität aufzufangen. Seitdem hat sich die Praxis der entweder auf Regierungs- oder auf Kartellebene getroffenen Preisabreden verallgemeinert. Der im Rahmen der freien Marktwirtschaft unerläßliche Wettbewerb ist durch eine Preispolitik abgelöst worden, die die Kalkulationen der unrentabelsten Betriebe als Grundlage nimmt.

Daß übermäßige Verdienstspannen zur weiteren Zuspitzung des inflationistischen Prozesses beitragen müssen, hat Antoine Pinay erkannt. Darum hat er sich nicht damit begnügt, die vom verstaatlichten Sektor angekündigten Preiserhöhungen gleich nach der Bildung seiner Regierung zu unterbinden und die Vorbereitung einer Steuerreform zu veranlassen. Er hat auch die Wirtschaft wiederholt darauf hingewiesen, daß der zur Wiederauffüllung der Läger bisher miteinkalkulierte Sicherheitsfaktor fortan unangebracht sei, da er sich weder mit seiner auf Vertrauen basierenden Politik noch mit der auf den Weltmärkten vorherrschenden Tendenz zu Preissenkungen vereinbaren lasse. In der Tat hatte der allgemeine Preisindex, der Ende Februar 1952 (1949 = 100) 152 erreicht hatte, bis Ende März schon um 3 Punkte zurückgehen können. Zweckmäßige Preissenkungen setzen voraus, daß die Wirtschaft so viel Selbstdisziplin aufbringt, in die Be-

seitigung aller Unternehmen zu willigen, deren ungenügende Rentabilität auf der bisherigen Preispolitik der Organisationen der Wirtschaft gelastet hatte. Schon mehrfach hatte Antoine Pinay Gelegenheit, daran zu erinnern, daß die freie Marktwirtschaft sich selbst zum Untergang verurteilen müßte, wenn sie die von ihr geforderte und ihr nunmehr eingeräumte Freiheit dazu mißbrauchte, die Konsumenten auszubeuten, statt ihre soziale Funktion zu erfüllen.

Demnach wäre es die gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft und Staat, die Voraussetzungen zur Wiedereinführung eines echten Wettbewerbs zu schaffen. Eine erhebliche Senkung der Preise ließe sich zweifellos dadurch erzielen. Reicht sie, wenn sie mit der Sanierung der Staatsfinanzen gekoppelt ist, zur Eindämmung der Inflation und zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aus? Diese Frage muß aufs entschiedenste verneint werden. Amtliche Untersuchungen haben den Nachweis erbracht, daß, wenn mit den gleichen Maschinen gearbeitet wird, die Rentabilität des Betriebes in Frankreich um 50 % hinter der des entsprechenden amerikanischen Betriebes zurückbleibt.

Besonders stark verteuernd wirkt sich das gegenwärtige Sozialversicherungssystem auf die Preisgestaltung aus. Es soll nicht heißen, daß das Prinzip der Sozialversicherung angefochten oder die bisherigen Leistungen der Sozialversicherung (sofern es sich nicht um die Familien- und Kinderzulagen handelt) eingeschränkt werden sollten. Die effektiven Leistungen sind sogar unzulänglich. Aber die zu entrichtenden Beiträge stellen für die Wirtschaft eine nicht weiter zu verantwortende Belastung dar. Man bedenke, daß für je 1 000,— ffrs, die dem Arbeitnehmer ausgezahlt werden, der Arbeitgeber 400 bis 600 ffrs an die Sozialversicherung abzuführen hat!

Auf die Preisentwicklung müssen sich in den nächsten Monaten die Engpässe auswirken, die nun in der Rohstoffversorgung entstehen werden. Diese Engpässe sind bis auf wenige Ausnahmen (u. a. Kupfer) durch die Passivität der französischen Außenhandelsbilanz verursacht. Ausschlaggebend ist hierin der Rückgang der Ausfuhren nach dem Sterlinggebiet und dem Dollarraum.

Die Stahlindustrie benötigt monatlich rund 1 Mill. t Koks, sie hat 1951 im Durchschnitt nur 700 000 bis 800 000 t zur Verfügung gehabt, davon nicht mehr als 30 % aus französischer Kohle. Da die Lieferungen aus dem Ruhrgebiet sich nicht erhöht hatten, mußte in den USA. gekauft werden. Für die Martin-Stahlerzeugung und für die Elektrometallurgie wird Schrott benötigt: der am 7. 12. 1951 für Schrott verhängte Ausfuhrstopp und die Wiedereinführung von Verteilungsquoten reichen zur Deckung des Bedarfs nicht aus. Die Erhöhung der Stahlausfuhr nach Belgien, Luxemburg und dem Saargebiet hat eine Verknappung auf dem Binnenmarkt nach sich gezogen, zumal die an die französische Industrie erteilten Rüstungsaufträge vordringlich erledigt werden müssen. Die Aluminiumproduktion ist von 1950 bis 1951 um 50 % angestiegen, aber die blei- und zinnverarbeitende Industrie hat keine Fortschritte erzielt, weil ihr die Rohstoffe fehlten. Die Baumwollindustrie mußte 1951 die Rohbaumwolleinfuhr um 12 % verringern, die Einfuhr von ungewaschener Schafwolle wurde um 23 % herabgesetzt. Die Kunstfaserindustrie befindet sich ebenfalls in einem Engpaß, weil sie besonders für Zellulose und Schwefel keine Devisen mehr hat.

Die Passivität der französischen Außenhandelsbilanz wird noch dadurch erhöht, daß auch der landwirtschaftliche Sektor, der einfuhr- wie ausfuhrmäßig etwa 15 % vom Gesamtwert des französischen Außenhandels darstellt, nunmehr passiv geworden ist. Im Jahre 1950 war die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (die Einfuhr aus der Französischen Union nicht mitgerechnet) zu 90 % durch die Ausfuhr gedeckt worden. Im Jahre 1951 fiel aber das Verhältnis auf 70 % zurück.

Die durch die Passivität der Außenhandelsbilanz schon verursachten oder für die nächste Zukunft vorauszusehenden Engpässe gefährden ernsthaft die französische Wirtschaftslage und die Bemühungen Pinays um eine Stabilisierung, weil sie erneute Preisanstiege zeitigen könnten, eine Herabsetzung der Beschäftigung nach sich ziehen und somit dem Staat zusätzliche soziale Lasten aufbürden würden. Außerdem würden sie einer Erhöhung der Produktivität entgegenwirken.

Wenn man die letzten Gründe der französischen Inflation aufdecken will, so begegnet man einerseits der Vertrauenskrise, die seit langer Zeit die Kreditwürdigkeit des Staates beeinträchtigt, andererseits aber einer Unzulänglichkeit in der Entwicklung der französischen Industrie und der französischen Landwirtschaft. Die Ursachen einer derartigen Unzulänglichkeit liegen zu weit zurück, als daß schon der Monnet-Plan einen Ausgleich hätte schaffen können. Trotz seiner immensen Möglichkeiten hat Frankreich auf dem landwirtschaftlichen Sektor, obgleich sein Traktorenpark von 35 000 (1939) auf 155 000 angestiegen ist, seit dem ersten Weltkrieg keine nennenswerte Steigerung des Produktionsvolumens erzielt. Auf dem industriellen Sektor ist 1951 der Fortschritt im Vergleich zu 1938 sehr unterschiedlich gewesen. 182 % für Brennstoffe (darunter aber erhebliche an die französischen Raffinerien erteilte britische Aufträge infolge des Ausfalls sehr unterschiedlich gewesen: 182 % für Brennstoffe und 11 % für die Erzgewinnung; 46 % für Gußeisen, 57 % für Stahl und 72 % für Walzwerkserzeugnisse. Die Stromerzeugung hat um 82 % zugenommen, die Produktion chemischer Erzeugnisse um 51 %, der Bau- und Baustoffindustrie um 31 %, der Textilindustrie um 15 %. Ein Rückgang ist zu verzeichnen in der Fetterzeugung (— 14 %) und in der Branche Leder und Häute (— 27 %).

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß 1938 die französische Industrie den Stand von 1929 noch nicht erreicht hatte. Besonders in der Textilindustrie war 1938 ein ausgesprochen schlechtes Jahr gewesen. Den Stand von 1929 erreichte die französische Industrie erst wenige Monate vor Kriegsausbruch, und zwar nur

wegen der Forcierung der Rüstungsaufträge, so daß es nicht richtig ist, wie man es jedoch allgemein tut, in den Sparten, die für den Friedensbedarf bestimmt sind, das Jahr 1938 dem Jahr 1929 gleichzusetzen. In den Jahren 1929-30 hatte die französische Industrie, bevor sie von der Weltkrise getroffen wurde, das Produktionsvolumen von 1913 um 40 % überschritten. In zahlreichen Sparten liegt also die französische Produktion heute noch unter dem Stand von 1929!

ERFOLGSAUSSICHTEN

Die Frage, ob die französische Wirtschaft stabilisiert werden kann, erweist sich nach diesen Überlegungen als überaus komplex. Wenn die Regierung Pinay oder, allgemeiner gesprochen, eine konservative Regierung unter den gegenwärtigen Umständen als die einzig mögliche Voraussetzung zu einer derartigen Stabilisierung betrachtet werden muß, so übersteigt doch die Aufgabe bei weitem den Kreis, innerhalb dessen die Regierung auf die Entwicklung einwirken kann. Die Stabilisierung erfordert, daß auf dem Weltmarkt die Preise weiterhin sinken und das Vertrauen sowohl zu der Regierung als auch zu einer befriedigenden Lösung der internationalen Spannungen aufrechterhalten bleibt. Sie erfordert aber auch, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber und darüber hinaus alle Parteien, die an einer Besserung der französischen Lage interessiert sind, eine Art Waffenstillstand vereinbaren und Antoine Pinay die Frist einräumen, die es ihm erlauben wird, überall Ordnung zu schaffen, wo er Ordnung schaffen kann und soll.

Auf dem gegenwärtigen Stand läßt sich jedoch keine echte Stabilisierung erreichen, weil dann das Außenhandelsdefizit nicht beseitigt und das Volkseinkommen nicht erhöht würde. Die Engpässe würden für die Wirtschaft weiter bestehen, die sozialen Spannungen würden in absehbarer Zeit wieder zunehmen, Frankreich wäre nicht in der Lage, außenpolitisch und militärisch seinen Verpflichtungen nachzukommen. Eine echte Stabilisierung, die auch die Inflation abstellt und den Besitz in allen Schichten der Bevölkerung festigt, läßt sich erst dann erreichen, wenn das Volumen der französischen Produktion gewaltig erhöht, neue Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland erschlossen und die Produktivität entsprechend gesteigert wird. Sowohl die Rationalisierung der Industrie als auch die Rohstoffversorgung weisen Frankreich auf die Integration in den europäischen Rahmen hin. Fern von den kolonialistischen Methoden der Vergangenheit sollte es die Aufgabe eines integrierten Europas sein, mit seinem technischen und finanziellen Potential den afrikanischen Kontinent als Rohstoffbasis und Absatzmarkt aufzubauen und sich somit weitgehend von der Notwendigkeit zu befreien, im Dollar- und Sterlinggebiet mit teuren Devisen zu kaufen, was es gewissermaßen zu Hause haben kann.

Summary: Can France's Economy Be Stabilised? The economic crisis which France is undergoing at present and which manifests itself most obviously in a balance of payments deficit as well as in progressive inflation, has political and economic roots. For the first time since after the war, a conservative majority is in office. It strives to balance the budget, to re-organise free competition, to reduce prices, and to increase productivity. It is supported by the professional organisations and it benefits from public opinion as yet being in its favour. However, it is not certain that this government will remain in office. Its defeat would lead France into an adventure the outcome of which it is difficult to predict. If M. Pinay's government remains in office, it will be faced with tasks which it is beyond its competence to approach and which call for united efforts by the whole nation. A thorough analysis of the present situation leads to the conclusion that France is thrown back on European integration if she is to regain her stability, and that the economies of her oversea possessions are to be intensified within the framework of a European community if she wants to minimise her sterling and dollar requirements.

Résumé: Est-il possible de stabiliser l'économie française? La crise économique que traverse la France et dont les manifestations les plus évidentes sont le déficit existant dans la balance des paiements et l'aggravation de l'inflation, a des causes politiques autant qu'économiques. Pour la première fois depuis la guerre, une majorité conservatrice a pris le pouvoir. Elle s'efforce d'équilibrer le budget, de rétablir la libre concurrence, de faire baisser les prix et d'augmenter la productivité. Elle bénéficie de l'appui des organisations professionnelles et, jusqu'à nouvel avis, d'un préjugé favorable dans l'opinion. Cependant, il n'est pas certain qu'elle réussisse à se maintenir au pouvoir. Sa chute lancerait la France dans une aventure dont il est difficile de prévoir l'issue. Mais, dans l'hypothèse de son maintien au pouvoir, le gouvernement Pinay se trouve placé devant des tâches qui dépassent ses compétences et requièrent un effort du pays entier. Une analyse approfondie de la situation conduit à la conclusion que la France, pour retrouver la stabilité, doit s'intégrer à l'Europe et, dans le cadre de l'intégration européenne, intensifier la mise en valeur des territoires d'outremer pour réduire aun minimum ses besoins en livres et en dollars.

Resumen: Puede la economía francesa ser estabilizada? La crisis económica, por la que atraviesa Francia en el momento y que se manifiesta más claramente en el deficit de la balanza de pagos y en la progresiva inflación, tiene causas políticas y económicas. Por la primera vez después de la guerra, una mayoría conservativa a venido asumiendo el poder gubernamental. Hace esfuerzos a equilibrar el presupuesto, introducir la libre competencia, bajar los precios y a aumentar la productividad. Goza del apoyo por parte de las asociaciones profesionales y aprovecha el favorable juicio de la opinión pública que está existiendo ahora. Pero no se puede prever si este gobierno logrará continuar ejerciendo el poder. Su caída conduciría Francia en una aventura cuyo desenlace sería dificil predecir. Si el gobierno Pinay mantendría el poder, se hallaría frente a tareas que sobrepasarían sus competencias y requerirían la ayuda de todo el país. Un analisis detenido de la actual situación conduce a la conclusión de que Francia no puede prescindir de la integración de Europa si ella quiere recuperer su estabilidad. Además tiene que intensificar su economía ultramarina, dentro de la mancomunidad europea, con el fin de reducir su demanda de libras esterlinas y dólares.